

- [NEU] • [Jahressteuergesetz 2024](#)
- [NEU] • [Gesetz zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums 2024](#)
- [NEU] • [Zweites Zukunftsfinanzierungsgesetz](#)
 - [Steuerfortentwicklungsgesetz \(ehemals: Zweites Jahressteuergesetz 2024\)](#)
 - [CSRD-Umsetzungsgesetz](#)
 - [Bürokratieentlastungsgesetz IV](#)

Stand + Fundstelle

05.12.2024	Verkündet	BGBl. I 2024, Nr. 387
22.11.2024	2. Durchgang BR	BR-Drs. 529/24 (B)
18.10.2024	2./3. Beratung BT	Homepage des BT
16.10.2024	Beschlussempfehlg. BT-Finanzausschuss	BT-Drs. 20/13419
27.09.2024	1. Durchgang BR	BR-Drs. 369/24 (B)
17.09.2024	Empfehlungen der BR-Ausschüsse	BR-Drs. 369/1/24
09.09.2024	Regierungsentwurf der BReg + StN NKR	BT-Drs. 20/12780

Literatur

[JStG 2024: DStV begrüßt Rechtssicherheit bei der Grunderwerbsteuer \(DStV-Information vom 22.11.2024\)](#)

[Umsatzsteuerexperten und DStV fordern faire Neuregelung der Steuerbefreiung von Bildungsleistungen \(DStV-Information vom 04.11.2024\)](#)

[Heiße Phase im steuerpolitischen Herbst: DStV hochtourig und erfolgreich dabei \(DStV-Information vom 17.10.2024\)](#)

[DStV-Stellungnahme S 14/24 zum Regierungsentwurf eines Jahressteuergesetzes 2024 \(DStV-Stellungnahme vom 07.10.2024\)](#)

Wesentliche Inhalte

Inhaltlich hervorzuheben sind insbesondere folgende steuerliche Regelungen bzw. Regelungsbereiche:

- Umsetzung von BVerfG-Entscheidungen zum Übergang vom Anrechnungsverfahren zum Halbeinkünfteverfahren (§§ 34 und 36 KStG)
- Gesetzliche Verstetigung der 150-Euro-Vereinfachungsregelung für Bonusleistungen für gesundheitsbewusstes Verhalten (§ 10 EStG)
- Pauschalbesteuerung von Mobilitätsbudgets (§ 40 EStG)
- Verlängerung der Abwicklungsfrist für Investmentfonds von fünf auf zehn Jahre
- Änderungen im Umwandlungssteuergesetz
- Zulassung der unmittelbaren Weitergabe steuerlicher Daten von den Bewilligungsbehörden an Ermittlungsbehörden (§ 31a AO)
- Anpassung des § 10 Abs. 6 und der §§ 13d u. 28 Abs. 3 ErbStG
- Änderungen am Gesetz über Steuerstatistiken
- Durchschnittssatz für Land- und Forstwirte (§ 24 Abs. 5 Satz 4 UStG)
- Umsatzsteuerbefreiung für Bildungsleistungen (§ 4 Nr. 21 UStG)

Stand + Fundstelle

05.12.2024	Verkündet	BGBl. I 2024, Nr. 386
22.11.2024	2. Durchgang BR	BR-Drs. 531/24 (B)
18.10.2024	2./3. Beratung BT	Homepage des BT
07.10.2024	Öffentliche Anhörung BT-Finanzausschuss	Homepage des BT
27.09.2024	1. Durchgang BR	BR-Drs. 375/24 (B)
26.09.2024	1. Beratung BT	Homepage des BT
12.09.2024	Sitzung des BR- Finanzausschusses	Homepage des BR
09.09.2024	Regierungsentwurf der BReg	BT-Drs. 20/12783

Wesentliche Inhalte

Mit der Anhebung des in den Einkommensteuertarif integrierten Grundfreibetrags um 180 € auf 11.784 € wird die steuerliche Freistellung des Existenzminimums der einkommensteuerpflichtigen Bürgerinnen und Bürger für das Jahr 2024 sichergestellt. Diese Anpassung muss noch in diesem Jahr umgesetzt werden.

Um einen Korrekturaufwand für Millionen Entgeltabrechnungen zu vermeiden, sieht der Gesetzentwurf die Umsetzung im Rahmen der sogenannten Dezemberlösung (wie im Jahr 2015) vor. Das heißt:

- Der geänderte Einkommensteuertarif wird erstmals auf den laufenden Arbeitslohn anzuwenden sein, der für einen nach dem 30.11.2024 endenden Lohnzahlungszeitraum gezahlt wird. Entsprechendes gilt für sonstige Bezüge, die nach dem 30.11.2024 zufließen.
- Die Lohnsteuerberechnungen für die Abrechnungszeiträume 01/2024 bis 11/2024 bleiben unverändert. Die Pflicht des Arbeitgebers, bei einer rückwirkenden Gesetzesänderung grundsätzlich den Lohnsteuerabzug zu ändern, greift nicht.
- Die lohnsteuerliche Berücksichtigung der Entlastung für 2024 erfolgt bei der Lohn-, Gehalts- bzw. Bezügeabrechnung für Dezember 2024.

Stand + Fundstelle

27.11.2024	Regierungsentwurf der BReg	Homepage des BMF
27.08.2024	Referentenentwurf des BMF	Homepage des BMF

Wesentliche Inhalte

Mit dem Gesetzentwurf werden Maßnahmen zur Erleichterung des Kapitalmarktzugangs für Unternehmen, zur Förderung des Fondsmarkts und damit auch des Venture-Capital-Ökosystems sowie zur Verschlinkung aufsichtlicher Vorgaben vorgelegt. Zudem sollen verschiedene kapitalmarktrechtliche EU-Rechtsakte fristgerecht implementiert werden, die zu einer Vertiefung der europäischen Kapitalmarktunion beitragen.

Dazu gehören insb.:

- Vorschläge der Wachstumsinitiative, die das Bundeskabinett am 17.07.2024 beschlossen hat, um der Wirtschaft zusätzliche Wachstumsimpulse zu geben und den Wirtschaftsstandort Deutschland wettbewerbs- und zukunftsfähig aufzustellen,
- Förderung von Investitionen von Fonds in erneuerbare Energien und Infrastruktur (Einbeziehung eines bereits vorliegenden Diskussionsentwurfs),
- Verschlinkung aufsichtlicher Prozesse bei der BaFin,
- standortfreundliche Implementierung von kapitalmarktrechtlichen EU-Rechtsakten (insb. Listing Act, ESAP, MIFIR Review) sowie
- weitere Maßnahmen zur Standortförderung.

Stand + Fundstelle

07.10.2024	Öffentl. Anhörung BT-Finanzausschuss	Homepage des BT
27.09.2024	1. Durchgang BR	BR-Drs. 373/24 (B)
26.09.2024	1. Beratung BT	Homepage des BT
17.09.2024	Empfehlungen der BR-Ausschüsse	BR-Drs. 373/1/24
09.09.2024	Regierungsentwurf der BReg + StN NKR	BT-Drs. 20/12778

Literatur

[Heiße Phase im steuerpolitischen Herbst: DStV hochtourig und erfolgreich dabei](#)

(DStV-Information vom 17.10.2024)

[DStV-Stellungnahme S 13/24 zum Regierungsentwurf eines Steuerfortentwicklungsgesetzes](#)

(DStV-Stellungnahme vom 01.10.2024)

[Verbände und Kammern im Schulterschluss gegen nationale Anzeigepflicht](#)

(DStV-Information vom 27.09.2024)

[DStV-Stellungnahme S 11/24 zum Referentenentwurf eines Zweiten Jahressteuergesetzes 2024](#)

(DStV-Stellungnahme vom 17.07.2024)

Wesentliche Inhalte

Es sind inhaltlich folgende steuerliche Regelungsbereiche hervorzuheben:

- Anpassungen des Einkommensteuertarifs
- Anhebung des Grundfreibetrags auf 12.084 € (2025) und auf 12.336 € (ab 2026)
- Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrags für den VZ 2025 auf 6.672 € und ab dem VZ 2026 auf 6.828 €
- Anpassung der übrigen Eckwerte des Einkommensteuertarifs für die VZ 2025 und ab 2026 (mit Ausnahme des Eckwerts der sog. „Reichensteuer“)
- Anhebung der Freigrenzen beim Solidaritätszuschlag für die VZ 2025 und ab 2026
- Überführung der Steuerklassen III und V in das Faktorverfahren
- Anpassungen bei den Regelungen zur Gemeinnützigkeit
- Mitteilungspflicht über innerstaatliche Steuergestaltungen
- Anhebung des Kindergeldes ab Januar 2025 auf mtl. 255 €
- Steuerbefreiung der Stiftung Generationenkapital
- Digitalisierung der Sterbefallanzeigen

seit Regierungsentwurf:

- Verlängerung degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens bis 2028,
- Reformierung der Sammelabschreibungen durch Einstieg in die Gruppen- bzw. Pool-Abschreibung, indem u.a. alle Anschaffungen mit einem Wert von 5.000 € über drei Jahre abgeschrieben werden können,
- Anhebung des Bemessungsgrundlagenhöchstbetrags für die Forschungszulage um weitere 2 Mio. € auf 12 Mio. €.

CSRD-Umsetzungsgesetz (CSRD-UmsG)

Überweisung der Stellungnahme BR + Gegenäußerung BReg in Rechtsausschuss

Stand + Fundstelle

09.10.2024	Stellungnahme BR und Gegenäußerung BReg	BT-Drs. 20/13256
27.09.2024	1. Durchgang BR	BR-Drs. 385/24 (B)
26.09.2024	1. Beratung BT	Homepage des BT
17.09.2024	Empfehlungen der BR-Ausschüsse	BR-Drs. 385/1/24
09.09.2024	Regierungsentwurf der BReg	BT-Drs. 20/12787

Literatur

[DStV fordert praxismgerechte Umsetzung des Nachhaltigkeits-Reportings](#) (DStV-Information vom 13.11.2024)

[EFAA Manifesto zu den Europawahlen 2024](#)
(Stellungnahme vom 10.06.2024)

[Positionen der German Tax Advisers - Standpunkte für eine umsichtige EU-Politik 2024 – 2029](#)
(Stellungnahme vom 10.06.2024)

[DStV setzt sich weiter für Bürokratieabbau ein](#)
(DStV-Information vom 05.06.2024)

Wesentliche Inhalte

Das CSRD-Umsetzungsgesetz beinhaltet die Umsetzung der EU-Richtlinie zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (sog. Corporate Sustainability Reporting Directive, CSRD) für bilanzrechtlich große sowie kleine oder mittelgroße kapitalmarktorientierte Unternehmen:

- Pflicht zur Nachhaltigkeitsberichterstattung,
- gestaffelte Einführung,
- Ersetzung der nichtfinanziellen Erklärung durch die Pflicht zur Erweiterung des Lageberichts um einen Nachhaltigkeitsbericht nach definierten Formatvorgaben,
- Befreiungsregelung,
- Beteiligung von Arbeitnehmervertretern,
- externe Prüfung durch Wirtschaftsprüfer,
- Wegfall der Sorgfaltspflichtenberichts nach dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) bei Vorlage des Nachhaltigkeitsberichts,
- Neuregelung der Offenlegung der Rechnungslegungsunterlagen von Kapitalgesellschaften mit Sitz in einem Drittstaat,
- Streichung der Pflicht zur Erstellung eines Prüfungsberichts zum Nachhaltigkeitsbericht,
- berufsrechtliche Regelungen der Wirtschaftsprüfer,
- Zusammenführung der Versicherungen der Mitglieder des vertretungsberechtigten Organs von Inlandsemitenten hinsichtlich des Jahresabschlusses und des Lageberichts respektive des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts etc.

Stand + Fundstelle

29.10.2024	Verkündung	<u>BGBl. I 2024, Nr. 323</u>
18.10.2024	2. Durchgang BR	<u>BR-Drs. 474/24 (B)</u>
26.09.2024	2./3. Beratung BT	<u>Homepage des BT</u>
25.09.2024	Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen	<u>BT-Drs. 20/13015</u>
05.06.2024	Öffentliche Anhörung BT-Rechtsausschuss	<u>Homepage des BT</u>
26.04.2024	1. Durchgang BR	<u>BR-Drs. 129/24 (B)</u>
15.03.2024	Regierungsentwurf der BReg	<u>BT-Drs. 129/24</u>

Literatur

[DStV setzt sich weiter für Bürokratieabbau ein](#)
(DStV-Information vom 05.06.2024)

[DStV-Stellungnahme S 09/24 zum Regierungsentwurf eines Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes](#)
(DStV-Stellungnahme vom 03.06.2024)

[DStV-Stellungnahme S 03/24 zum Referentenentwurf eines Vierten Bürokratieentlastungsgesetzes](#)
(DStV-Stellungnahme vom 05.02.2024)

[DStV adressiert Vorschläge zum Bürokratieabbau an das BMJ](#) (DStV-Mitteilung vom 23.02.2023)

Wesentliche Inhalte

Das BEG IV bündelt eine Reihe von Einzelmaßnahmen, die die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Verwaltung von unnötiger Bürokratie entlasten sollen. Die Maßnahmen lassen sich folgenden Schwerpunkten zuordnen:

- Verkürzung von Aufbewahrungsfristen für Buchungsbelege im Handels- und Steuerrecht,
- Abbau von Melde- und Informationspflichten,
- Maßnahmen zur Förderung der Digitalisierung,
- Projekte zur Verwaltungsvereinfachung und Verwaltungsbeschleunigung,
- weitere Erleichterungen, insb. Streichung einzelner überflüssiger Vorschriften.

Am 25.9.2024 hatte der Rechtsausschuss den Gesetzentwurf um einen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen ergänzt ([BT-Drs. 20/13015](#)). Zu den wesentlichen Änderungen gehört die Modernisierung der Bekanntgabe der Steuerbescheide und anderer Steuerverwaltungsakte.

